

Bremerhaven, 12.09.2023

Änderungsantrag - Nr. StVV - Ä-AT 2/2023 (§ 36 GOSTVV) zu AT 6/2023		
--	--	--

für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.09.2023		
---	--	--

Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0
-----------------------------------	-----------	-------------------

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zu AT 6/2023 Trinkerszene in der Innenstadt auflösen - Alkoholverbot verhängen (BD) - Tischvorlage

In den letzten Monaten haben sich bedauerlicherweise Fälle von Fehlverhalten suchtkrank Menschen, die sich vorwiegend im Methadonprogramm befinden, in der Innenstadt gehäuft, was zu einem Anstieg von Sicherheitsproblemen und unangenehmen Vorfällen geführt hat. Die Verbreitung von entsprechenden Videos in sozialen Medien hat zudem den Ruf unserer Stadt schwer beschädigt. Anwohner, Gewerbetreibende und Besucher fühlen sich immer unwohler und meiden mittlerweile Teile der Innenstadt, was ein alarmierendes Signal für die Attraktivität und das Wohlbefinden unseres Stadtzentrums ist.

Vor diesem Hintergrund ist es unerlässlich, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, die ursächlich zu den Problemen führt - die Verlegung der Methadonabgabestelle. Völlig außer Frage steht, dass die Betroffenen eine angemessene Unterstützung benötigen, weshalb eine enge Zusammenarbeit mit den Ärzten, der Ärztekammer, der Kassenärztlichen Vereinigung, den Krankenkassen, dem Gesundheitsamt und dem Sozialamt sowie der Polizei und dem Bürger- und Ordnungsamt von großer Bedeutung ist.

Um den Sorgen der Anwohner, Einzelhändler und Besucher Rechnung zu tragen, wurden bereits kurzfristig Sofortmaßnahmen zur engmaschigen Kontrolle vor Ort eingeleitet, die bereits zu einer spürbaren Verbesserung der Lage beitragen. Diese Maßnahmen allerdings sind nur temporär durchführbar und setzen nicht bei dem eigentlichen Problem an.

Daher möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, unverzüglich Gespräche mit dem zu beteiligenden Kreis mit dem Ziel zu führen, eine Verlegung der Methadonabgabestelle zu prüfen und die dafür notwendigen Bedingungen zu eruieren.
2. In dieser Zusammenarbeit soll ein geeigneter Standort außerhalb der Innenstadt und des touristischen Zentrums gefunden werden, der den Bedürfnissen der Betroffenen gerecht wird und zugleich die öffentliche Sicherheit und das städtische Umfeld berücksichtigt.
3. Es sind angemessene Sicherheits- und Sozialkonzepte zu erarbeiten, die eine geringere Anfälligkeit für kriminelles Verhalten gewährleisten soll und den Betroffenen bestmögliche Unterstützung bietet.

4. Bis zur vollständigen Umsetzung der Verlegung sollen die Sicherheitskontrollen engmaschig durchgeführt und ggf. Platzverweise/Aufenthaltsverbote ausgesprochen und kontrolliert werden.
5. Die Ausschüsse für Gesundheit, Soziales und öffentliche Sicherheit sind regelmäßig über die Ergebnisse der Gespräche und Umsetzung der Maßnahme zu informieren.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Sönke Allers
SPD-Fraktion

Thorsten Raschen
CDU-Fraktion

Prof. Dr. Hauke Hilz
FDP-Fraktion